



Kai Gehring
Mitglied des Deutschen Bundestags



Mehrdad Mostofizadeh
Mitglied des Landtags NRW

Herrn Frank Richter
Polizeipräsidium Essen
Büscherstr. 2-6
45131 Essen

Berlin, 09.03.2020

Kai Gehring, MdB
Mitglied im Menschenrechtsausschuss
und Sprecher für Forschung,
Hochschule und Wissenschaft
Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Telefon: +49 30 227-74501
Fax: +49 30 227-76642
Mail: kai.gehring@bundestag.de

Mehrdad Mostofizadeh
Sprecher für Arbeit, Gesundheit
und Soziales, Sprecher für
Kommunalpolitik,
Stellv. Fraktionsvorsitzender von
Bündnis 90/Die Grünen im
Landtag NRW
Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-2037
Fax: (0211) 884-3520
E-Mail: mehrdad.mostofizadeh
@landtag.nrw.de

Sehr geehrter Herr Richter,

wir wenden uns an Sie aufgrund eines Berichts über ein womöglich rassistisches Vorgehen gegen eine Bürgerin und ihre Familie. Demnach sei eine 50-jährige Frau zur Essener Polizei gegangen, um Anzeige wegen Diebstahl zu erstatten. Sie sagte, sie sei zuerst nicht ernst genommen und später geschlagen und aufgrund ihrer Hautfarbe rassistisch beleidigt worden. Gleiches soll ihren Kindern auf dem Revier widerfahren sein, als sie ihrer Mutter zur Hilfe eilen wollten. Die Geschichte machte später eine Journalistin auf Twitter öffentlich, die sich auch an die Pressestelle der Essener Polizei gewandt hat. Laut Pressestelle der Polizei Essen konnten „Zeit und Ort des Sachverhalts ermittelt werden“. Die geschilderten Vorwürfe würden ermittelt. Auch wurde die Journalistin gebeten, sich bei der Polizei Essen zu melden, damit man die „Hintergründe der von Ihnen veröffentlichten Vorwürfe aufklären“ könne.

Die Polizei Essen ist für die Sicherheit der über 740.000 Menschen in Essen und Mülheim an der Ruhr zuständig. Berichte, wie der oben geschilderte, können Vertrauen erschüttern und schüren Misstrauen. Um Vertrauen zu stärken, bitten wir Sie schnellstmöglich zu den im Raum stehenden Vorwürfen auch gegenüber der Öffentlichkeit Stellung zu beziehen. Zudem sollte eine unbefangene Dienststelle den Vorgang untersuchen. Vielen Dank für Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Kai Gehring

Mehrdad Mostofizadeh